



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen,
Kinder, Familie
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Wenzel

Wiesbaden, 29.11.2023

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie
am Mittwoch, 6. Dezember 2023, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift über das gemeinsame Jahresgespräch mit dem Arbeitskreis Inklusion und Barrierefreiheit und über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie am 11.10.2023
2. Anträge aus dem Jahresgespräch des Arbeitskreises Inklusion und Barrierefreiheit mit dem Sozialausschuss am 11.10.2023

2.1 23-A-79-0012

ANLAGEN

E-Roller

- Antrag des Arbeitskreises Inklusion und Barrierefreiheit -
- Protokollnotiz des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie vom 11.10.2023 (PN 0129) -
- Bericht des Dezernates V vom 19.11.2023 -

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 05.12.2023 -

2.2 23-A-79-0013

ANLAGE

Kooperation von ESWE-Verkehr mit dem AK

- Antrag des Arbeitskreises Inklusion und Barrierefreiheit -
- Protokollnotiz des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie vom 11.10.2023 (PN 0130) -

2.3 23-A-79-0014

ANLAGE

Baumaßnahmen Tiefbauamt

- Antrag des Arbeitskreises Inklusion und Barrierefreiheit -
- Protokollnotiz des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie vom 11.10.2023 (PN 0131) -

3. 23-F-63-0149

Schulstarterpaket

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 27.11.2023 -

Zu Beginn eines Schuljahres stehen viele Ausgaben an. Schulranzen, Arbeitsmaterialien wie Füller, Malkasten und vor allem Schulbücher müssen Eltern in der Regel selbst kaufen. Lediglich wenige Cent sind im Kinderregelsatz monatlich für Bildung vorgesehen - das ist bei weitem nicht genug, um die Kopierkosten für Arbeitsblätter zu bezahlen. Deswegen gibt es die Leistungen für Bildung und Teilhabe. Dazu gehört unter anderem das Schulstarterpaket. Für die Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf stehen 2023 insgesamt 174 EUR zur Verfügung.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten:

1. In welcher Form werden Eltern über das Schulstarterpaket informiert?
2. Was ist im Schulstarterpaket enthalten, was muss anderweitig beantragt werden?
3. Wie viele Anträge zum Schulstarterpaket gab es seit Einführung?
4. wie die Mehrsprachigkeit integriert werden kann.

4. 23-F-69-0086

Berufsvorbereitungskurse in Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 29.11.2023 -

Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen richten sich an junge Menschen, die eine Ausbildung oder Arbeitsstelle suchen, ohne berufliche Erstausbildung sind, aber die allgemeine Vollzeitschulpflicht bereits erfüllt haben. Die berufsvorbereitenden Maßnahmen verbessern die Chancen und Voraussetzungen junger Menschen, eine Ausbildungs- oder Arbeitsstelle zu finden und nach Bedarf, den Hauptschulabschluss nachzuholen - ein wichtiges Qualifizierungsinstrument. Je nach Schwerpunkt und Zielgruppe werden hier Schlüsselkompetenzen für den Berufsalltag vermittelt.

Der Ausschuss Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

1. welche Organisationen und Einrichtungen in Wiesbaden Berufsvorbereitungskurse anbieten.
2. auf welchem Weg junge Menschen die Berufsvorbereitungskurse in Wiesbaden erreichen können. Durch welche Rechtskreise gelangen junge Menschen in Wiesbaden zu den berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen?
3. Die Vermittlungszahlen in Wiesbaden sind in einem Bereich (SGB II) stark zurückgegangen.
 - a. Warum sind die Vermittlungszahlen zu den berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen so stark zurückgegangen?
 - b. Was wird unternommen, um dieser Entwicklung entgegenzusteuern und wieder einen Anstieg an Teilnehmenden der berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen in Wiesbaden zu erreichen?
4. wie sich die Zahlen seit 2018 entwickelt haben (getrennt nach Rechtskreisen). Wie ist der aktuelle Stand an jungen Menschen in Wiesbaden, die an Berufsvorbereitungskursen in Wiesbaden im Jahr 2023 teilnehmen?
5. wie er diese Entwicklung beurteilt. Vermutet der Magistrat gegebenenfalls einen Einfluss der Gestaltung des Bürgergeldes auf die Zahlen der Berufsvorbereitung?
6. ob Änderungen in diesem Bereich zu erwarten sind. Falls ja, wie sehen diese Änderungen konkret aus?

5. 23-F-15-0030

Arbeitsmarktzugang von ukrainischen Flüchtlingen

- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 28.11.2023 -

Vorbemerkung: Die Integration von ukrainischen Flüchtlingen in den deutschen Arbeitsmarkt läuft im Vergleich zu anderen europäischen Ländern sehr schleppend. Nur ca. 20 % von Ihnen haben bundesweit eine sozialversicherungspflichtige Arbeit gefunden; während es in anderen europäischen Ländern bis zu 2/3 und mehr sind.

Zu Recht können Geflüchtete aus der Ukraine ohne aufwendiges Asylverfahren bei uns leben, sind in die Gesundheits- und Sozialsysteme integriert und dürfen sofort arbeiten. Seit Juni 2022 bekommen sie den Bürgergeldsatz; auch Wohn- und Nebenkosten werden ihnen bei Bedarf erstattet. Trotzdem ist ihre Beschäftigungsquote im letzten Jahr nicht wesentlich gestiegen.

Vor diesem Hintergrund wird der Magistrat um einen Sachstandsbericht zur Situation der ukrainischen Flüchtlinge in Wiesbaden gebeten.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten,

- wie viele ukrainische Flüchtlinge in Wiesbaden leben,
- wie viele von Ihnen und ihren Familien Bürgergeld beziehen,
- wie viele davon im letzten Jahr den Rechtskreis des Bürgergeldes verlassen konnten, um eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit aufzunehmen, und
- welche Maßnahmen der Magistrat ergriffen hat bzw. ergreifen wird, um den Integrationsprozess in den Arbeitsmarkt zu verbessern?

6. 23-F-63-0152

Rainbow Refugees

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 28.11.2023 -

Unter den derzeit nach Deutschland kommenden Geflüchteten sehen sich lesbische, schwule, bisexuelle, trans- und intersexuelle Menschen (LSBTI) Diskriminierungen ausgesetzt. Viele haben bereits in ihren Heimatländern oder auf der Flucht Gewalt erfahren. Geflüchtete, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität diskriminiert werden, können sich an das Aktionsbündnis "Rainbow Refugees" wenden. Seit 2014 gibt es im Rathaus viermal im Jahr den Runden Tisch „LSBT*IQ-Lebensweisen“ - entstanden auf Initiative von Warmes Wiesbaden. Ein Ergebnis des am 08.08.23 stattgefundenen Runden Tisches war, dass von Problemen und Übergriffen auf LSBT*IQ Menschen in Gemeinschaftsunterkünften berichtet wurde. Homophobie und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind in Deutschland kein unbekanntes Phänomen. Es gab und gibt Ausgrenzungen und daraus resultierende, teilweise gewalttätige Übergriffe unabhängig von Flucht und Migration. In Gemeinschaftsunterkünften, in welchen viele einander unbekannte Menschen auf engem Raum mit den manchmal schwierigen räumlichen und sozialen Verhältnissen umgehen müssen, spitzt sich manch allgemeines Konfliktpotential aber mehr zu, als das in freiwillig gewählten Wohn- und Lebenssituationen zu erwarten ist. Diesen spezifischen Ausschnitt allgemeiner gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit möchten wir in diesem Antrag betrachten.

Ein weiteres Ergebnis des runden Tisches LGBT*IQ war, dass Asylsuchende, die bereits gegengeschlechtliche Hormone einnehmen, oft in den ersten Monaten nach Ankunft in Deutschland mit einer Versorgungslücke konfrontiert sind. Das wirkt sich negativ auf das psychische Befinden der Betroffenen aus.

2021 hat die inoffiziell unter dem Namen "Rainbow- Haus" geführte Unterkunft für queere Geflüchtete geschlossen. Die Bewohner hatten vor Ort einen guten Zugang zur LSBT spezifischen Flüchtlingsberatung der AIDS-Hilfe.

***Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:
Der Magistrat wird gebeten, zu berichten:***

1. Gibt es in großen Unterkünften Konzepte zur Verhinderung von Queerfeindlichen Übergriffen?
2. Wodurch entsteht die Versorgungslücke in Bezug auf gegengeschlechtliche Hormone und welche Möglichkeit zur Behebung dieser gibt es?
3. Wie werden die Mitarbeitenden der Stadt, egal ob in den Unterkünften, beim Sozialdienst, Asyl oder auf anderen Stellen - für die Problematik sensibilisiert?
4. Der Magistrat wird gebeten, ein Gewaltschutzkonzept zur Prävention homofeindlicher oder transfeindlicher Angriffe zu erstellen und dem Ausschuss vorzustellen. Dabei sollte mit Nachbarkommunen und dort aktiven Netzwerken, wie beispielsweise den Rainbow Refugees, in den Austausch gegangen werden und die Ergebnisse in die Konzeption einfließen.

7. 23-F-69-0087

Streichung Zuschuss Häusliche Hilfen

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 29.11.2023 -

Häusliche Hilfen unterstützen ältere oder behinderte Menschen in ihrer Haushaltsführung, damit sie möglichst lange selbstständig wohnen können.

Der Haushaltsentwurf 2024 sieht eine vollständige Streichung der Zuschüsse für den Bereich der häuslichen Hilfen vor. Am 22.11.2023 wurden die bis zum 31.12.2024 laufenden Zuschussverträge mit den sechs Leistungserbringern wirksam zum 31.12.2023 gekündigt - ohne Vorankündigung der geplanten Einsparungen für das Jahr 2024.

Die beabsichtigte Streichung der Zuschüsse würde eine erhebliche Versorgungslücke in Wiesbaden verursachen und rund 500 Menschen, die auf die häuslichen Hilfen angewiesen sind, betreffen. Die seit Jahren durch die häuslichen Hilfen betreuten Menschen können durch den Wegfall der Unterstützung nicht mehr in ihren eigenen vier Wänden wohnen bleiben, was gegebenenfalls Folgekosten für den Sozialhilfeträger bedeuten würde.

Der Ausschuss Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

den sechs Leistungserbringern für häusliche Hilfen eine Übergangsfrist von mindestens 6 Monaten zu ermöglichen. Aktuell belaufen sich die jährlichen Kosten auf ca. 1,2 Mio. €. Bei einer Übergangsfrist von 6 Monaten macht dies ca. 600 T €. Refinanzierungsoptionen könnten sein:

- a. Reduzierung des Radverkehrstopfes
- b. Streichung Planungskosten Rathaussanierung

- c. Kürzung des Klimatopfes
- d. Aussetzung des freien Schwimmbadeintritts
- e. Keine kostenlosen Menstruationsprodukte
- f. Aussetzung der Förderung für Lastenfahräder

8. 23-F-15-0032

Hans-Bredow-Straße statt Lessingstraße
- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 30.11.2023 -

Am Anfang der Diskussion über eine geplante Gemeinschaftsunterkunft in der Lessingstraße 16-18 wurde die Notwendigkeit dafür seitens der städtischen Verantwortlichen gegenüber den Anwohnern und der Öffentlichkeit damit begründet, dass die Gemeinschaftsunterkunft in der Hans-Bredow-Straße 1 zeitnah geschlossen werden müsse. Die Lessingstraße solle als Ersatz dienen. Da die Hans-Bredow-Straße nun jedoch weiter betrieben werden kann und wohl auch wird, fällt der ursprünglich genannte Grund für die Einrichtung einer Gemeinschaftsunterkunft in der Lessingstraße weg. Daher sollte man auf diese neue Einrichtung verzichten. Alles andere wäre ein grober Vertrauensbruch gegenüber den Anwohnern der Lessingstraße und Umgebung.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Weiternutzung der Gemeinschaftsunterkunft in der Hans-Bredow-Straße 1 bis mindestens Juli 2026. Im Gegenzug wird auf die Nutzung der Lessingstraße 16-18 als Gemeinschaftsunterkunft verzichtet.

9. 21-J-43-0003

Würdigung von Gastarbeiter*innen in Wiesbaden
- Antrag des Ausländerbeirates vom 16.11.2021 -
- Bericht des Dezernates IV vom 27.09.2023 -

- Der Magistratsbericht steht im Politischen Informationssystem (PIWi) unter dem Vorgang zur Verfügung -

10. 23-A-79-0001

Aktuelle Entwicklungen im Sozial-, Integrations- und Wohnbereich

11. Verschiedenes

Tagesordnung II

Die Magistratsberichte zu den Tagesordnungspunkten 1 bis 6 stehen im Politischen Informationssystem (PIWi) unter dem Vorgang zur Verfügung.

1. 21-F-69-0007

Behinderten die Teilhabe am öffentlichen Leben wieder ermöglichen
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 27.10.2021 -
- Bericht des Dezernates VI vom 30.10.2023 -

2. 23-F-15-0016

Wirtschaftliche Situation der Alten- und Pflegeeinrichtungen in Wiesbaden
- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 20.06.2023 -
- Bericht des Dezernates VI vom 06.10.2023 -

3. 23-F-15-0019

DL 35/23-1

Jobcenter in seiner jetzigen Form nicht gefährden!
- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 04.09.2023 -
- Bericht des Dezernates VI vom 18.10.2023 -

4. 23-F-65-0009

Grundschulkinderbetreuung sichern: Gut betreut ins neue Schuljahr
- Antrag der Fraktionen FDP, CDU, FWG/Pro Auto und BLW/ULW/BIG vom 06.07.2023 -
- Bericht des Dezernates VI vom 13.10.2023 -

5. 23-F-69-0025

Personalsituation in der Grundschulkinderbetreuung/Hort
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 26.04.2023 -
- Bericht des Dezernates VI vom 13.10.2023 -

6. 23-I-30-0013

Internet in Gemeinschaftsunterkünften
- Beschluss Nr. 0056 des Ausländerbeirates vom 25.09.2023 -
- Bericht des Dezernates VI vom 11.11.2023 -

- | | | |
|------------|--|--------------------|
| 7. | 23-V-06-0007 | ANLAGE |
| | Verwendung anteiliger Spielbankmittel (Tronc) für den Bereich Soziales 2023 | |
| 8. | 23-V-06-0008 | DL 35/23-4 |
| | Vorabfreigabe eines Anteils der Zuschüsse für 2024 im Bereich Dez. VI | |
| 9. | 23-V-06-0009 | DL 35/23-5 |
| | Bericht zur Umsetzung des Wohngeld-Plus-Gesetzes; Personalaufstockung im Sachgebiet Wohngeldbehörde (500230) des Sozialleistungs- und Jobcenters | |
| 10. | 23-V-06-0010 | DL 36/23-3 |
| | Verlängerung der Mietpreisbremse bei GWW und GeWeGe bis 31.12.2024 | |
| 11. | 23-V-51-0044 | DL 36/23-7 |
| | Sicherung der pauschalfinanzierten Kita-Träger durch Weiterentwicklung der Finanzierungssystematik | |
| 12. | 23-V-51-0046 | DL 36/23-8 |
| | Bericht der AG Bezahlbarer Wohnraum und Klima | |
| 13. | 23-V-51-0047 | DL 35/23-19 |
| | Rechtsanspruch; Ganzttag in Schulentwicklungsplanung | |
| 14. | 23-V-51-0049 | DL 36/23-9 |
| | Investitionszuschuss an den Träger Lebenshilfe e. V. | |

Seite 9 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie
am 6. Dezember 2023

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der
Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte
zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Sebastian Rutten
Vorsitzender